

Demonstration



Damit Nazis weit fahren müssen, um sich Hitler-Devotionalien zu kaufen, soll am Samstag gegen ihr Flugschiff demonstriert werden

Seite 2

Politik



Was mit AttackerInnen passieren kann, wenn sie die USA und den Krieg attackieren, dokumentieren wir auf

Seite 3

Rezension



Wer über Geld philosophiert und den Kapitalismus analysiert, muss kein kluger Mensch sein. Über beides hat schon Marx alles gesagt

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Deutsche Regierung auf Kriegskurs Friedenspeter ist unfriedlich

Noch während weltweit Millionen Menschen gegen den Krieg auf die Straße gehen (allein ca. 100.000 hierzulande), zieht die Bundesregierung ein Militarisierungsprogramm auf, wie es bislang nur einmal in der Geschichte geschehen ist.

Den Einstieg bereitete Kanzler Schröder in seiner Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede im Februar diesen Jahres. Darin machte er nicht nur unmissverständlich klar, dass ihm seine WählerInnen den Buckel runterrutschen können, sondern dass er auch bereit sei, jede soziale Schweinerei mitzumachen, welche ursprünglich auf der Agenda des Kohl-Regimes stand. Den kriegstauglichsten Teil bei der Umsetzung der Hartz-Schlachtpläne dürften dabei die „Einsparungen im Sozialbereich“ von 9,5 Mrd. Euro-Dollar bilden, welche nunmehr für andere Haushaltstitel zur Verfügung stehen. Da

macht die zeitlich naheliegende Meldung aus Brüssel mit dem Inhalt:

**60.000 „Mann“ starke
EU-Armee soll in
einem Jahr stehen**

natürlich stutzig. Noch bevor der Krieg gegen den Irak begonnen hat, „haben sich die EU-Verteidigungsminister darauf geeinigt die Pläne für eine von NATO-Strukturen unabhängige Interventionsarmee innerhalb eines Jahres umzusetzen.“ [dpa-Meldung]

Der Höhepunkt der anstehenden politischen Debatte musste jedoch in Brüssel und den europäischen Hauptstädten vertagt werden. Wichtigeres stand im Mittelpunkt: Die von den öffentlich-rechtlichen und privaten Propaganda-Anstalten notorisch „Alliierte“ genannten britischen und amerikanischen Soldateskas haben sich derweilen über ein souveränes Land hergemacht, für dessen Diktator die Bild-„Zeitung“ wärmstens empfahl: „Verschwinde Saddam! Rette dein Land!“

**Propaganda
ohne Ministerium**

Von nun an erklären uns die Medien die Welt. Wer nicht binnen 24 Stunden nach Beginn des Angriffes einem medialen Kollateralschadens erlag, konnte

sich darüber aufklären lassen, „warum Bush diesen Krieg will“, „warum Bush Hussein hasst“, „wieviel Bush mit Iraks Öl verdient“, und, und, und.

Tatsächlich steigt die Aufklärungsrate über wirtschaftliche Zusammenhänge beträchtlich, oder frei nach den Worten des konkret-Herausgebers Hermann Gremliza: „Um die Konkurrenz aus dem Feld zu schlagen, erklären einem die Kapitalisten sogar die [marxistische] politische Ökonomie.“

Und tatsächlich: Es geht um Konkurrenz, denn es wird nicht gesagt, warum sich die deutsche Regierung ausgerechnet bei diesem Krieg nur auf relativ kleinem Level beteiligt. Oder sind die „humanitär“ verbrämten, vor allem jedoch völkerrechtswidrigen Feldzüge gegen Jugoslawien und Afgha-

nistan bereits vergessen? War es nicht der deutsche Außenminister Joseph Fischer, der den Schwur der Buchenwaldhäftlinge „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ für den Krieg gegen Jugoslawien in Anschlag brachte?

**Hermes kündigt von Neu-
aufbau**

Vor ca. einem Jahr recherchierte der damalige PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf, dass eine Planungsgruppe der Bundesregierung existiere, die sich mit dem Neuaufbau des Irak befasste. Das heißt nicht, dass dieser Sachverhalt von Bild, Spiegel & Co. die verdiente öffentliche Würdigung erhalten hätte, dennoch: Die Bundesregierung bestätigte eine kleine Anfrage der PDS-Fraktion bezüglich dieser Arbeitsgruppe; die Regierung rechne mit einem Krieg gegen den Irak und bereite sich auf das Absehbare vor.

Eine solche Absicherung ist durchaus verständlich: Deutschland ist nach Frankreich – trotz Embargo – größter Handelspartner des Irak. Fast jeder kennt im

Fortsetzung auf Seite 2

Attac Bochum verklagt die Stadt wegen Kanalnetz-Vermietung Cross-Border-BürgerInnenverarschung

Nach dem erfolgreichen BürgerInnenbegehren gegen die „Verleasung“ des Bochumer Kanalnetzes soll fürs erste kein BürgerInnenentscheid gegen das Vorhaben stattfinden. Nachdem Bochums Oberbürgermeister Ernst-Otto Stüber Ende März diese Entscheidung gefällt und sich somit über die Bestimmungen der Gemeindeordnung NRW hinweggesetzt hatte, berief die Bochumer Attac-Gruppe für den 27. März zum zweiten Mal eine BürgerInnenversammlung zum „Cross-Border-Leasing“ (CBL) ein. Dort ist einstimmig entschieden worden, vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen eine Klage gegen die Stadt Bochum auf Durchführung des Entscheids einzuleiten. Als Minimalziel erhoffen sich die InitiatorInnen eine Offenlegung des bislang unter Verschluss gehaltenen Vertragswerks und die Schaffung eines Präzedenzfalls in Sachen Basisdemokratie – Bochum ist die erste Gemeinde in NRW, in der die Durchführung eines innerhalb von drei Monaten abzuhaltenden BürgerInnenentscheids nach erfolgreichem BürgerInnenbegehren verweigert wird.

Von Mitte Januar bis zum 21. Februar sammelte die Bochumer Attac-Gruppe

unermüdlich insgesamt 13.271 gültige Unterschriften gegen den geplanten „Cross-Border-Deal“ der Stadt. Das Instrument des von Attac Bochum genutzten „BürgerInnenbegehrens“ entpuppte sich jedoch als Luftnummer: Trotz des mit über 1.000 Unterschriften über der vorgeschriebenen Mindestanzahl scheinbar erfolgreichen Begehrens setzte sich der Stadtrat am 9. März in geheimer Abstimmung mit 34 zu 25 Stimmen bei drei Enthaltungen über den Willen zahlreicher BürgerInnen hinweg. Wenige Tage später schloss die Stadtkammerin, Dr. Ottilie Scholz, in New York das „Scheingeschäft“ mit einem amerikanischen Investor ab, das 20,2 Millionen Euro in die leeren Kassen spülen soll. Der Name dieses „Investors“ gelangte während der über sechsmonatigen Verhandlungsdauer des Cross-Border-Vertrags nicht an die Öffentlichkeit. Nach

Unterzeichnung des gleichfalls „vertraulichen“, ca. 1.700 Seiten umfassenden Vertragswerks löste Scholz zumindest die Zusage ein, den Investor zu benennen: Demnach soll es sich um die „First Fidelity International“ handeln, ein Ableger der „Wachovia Corporation“, die ihren Firmensitz im als „Steuerparadies“ geltenden North Carolina hat. Ein inzwischen fusionierter Vorläufer des Konzerns hatte seine Finger bereits bei einem Leasing-Projekt des Kölner Kanalnetzes im Spiel.

Hin und her

Bundesweit hat es in den letzten zehn Jahren bereits über 150 (!) windige Transaktionen dieser Art gegeben, bei denen kommunales Eigentum an zumeist us-amerikanische „Investoren“ verleast und dann zurückgemietet wurde – dies sind die Spielregeln des „CBL“, dessen Vertragslaufzeiten bis zu 99 Jahre umfassen können. Nach Ablauf eines Drittels dieser Zeitspanne kann jedoch ein Rückkauf des „verleastes“ Objekts stattfinden. Der als „Barwertvorteil“ bezeichnete Profit für beide Vertragspartner besteht darin, dass der US-„Investor“ durch das Scheingeschäft Steuervorteile in Millionenhöhe geltend

machen kann, die mit der jeweiligen bundesdeutschen Kommune geteilt werden. Opfer dieser zweifelhaften Transaktionen sind also nicht zuletzt der um Steuereinnahmen in zweistelliger Millionenhöhe betrogene Fiskus in den USA und damit die amerikanischen BürgerInnen. Folglich erwägen die zuständigen us-amerikanischen Finanzaufsichtsbehörden derzeit, den dunklen Scheingeschäften einen Riegel vorzuschieben. Mit der eventuellen Durchführung eines BürgerInnenentscheids ist nach dem Veto von OB Stüber übrigens auch nach erfolgreichem Gerichtsprozess – wenn überhaupt – wohl erst in etwa 18 Monaten zu rechnen.

Unterbunden werden sollten auch die Machenschaften verantwortungsloser KommunalpolitikerInnen, die sich rücksichtslos über basisdemokratische Entscheidungsprozesse hinwegsetzen und Gemeineigentum in die Hände privater „Investoren“ geben. Besonders unverständlich ist die Position des Fraktionsvorsitzenden der Bochumer Grünen, Wolfgang Cordes, der sich ausdrücklich über das eindrucksvolle Ergebnis des BürgerInnenbegehrens hinwegsetzt und einen BürgerInnenentscheid zum CBL ablehnt. Durch die zwischenzeitliche Vertragsunterzeichnung sollten Fakten geschaffen werden, um den „Deal“ mit dem US-Investor nicht zu gefährden. Es ist jedoch zu befürchten, dass der angebliche Zeitdruck nur vorgeschoben war,

um scheinbare Sachzwänge zu schaffen und nun aufgrund möglicher Entschädigungsforderungen des „Investors“ in dreistelliger Millionenhöhe die Option einer Rücknahme des CBL-Vertrags von vornherein auszuschließen. Solche Winkelzüge haben nicht nur mit den einstigen basisdemokratischen Idealen der Grünen rein gar nichts mehr zu tun, sondern zeugen auch von unglaublicher Ignoranz gegenüber jeglicher Spielregeln bürgerlicher „Demokratie“. Wolfgang Cordes und den übrigen 13 Ratsmitgliedern, die Bochums BürgerInnen ein Plebiszit zum Kanal-Deal verweigern, sei daher dringend empfohlen, ihr Mandat niederzulegen, um der politischen Kultur keinen weiteren Schaden zuzufügen.

Ulrich Schröder

Weitere Schnitte ins soziale Netz

Die Bundesregierung beabsichtigt mal wieder neue Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme. So ist geplant, ein neues so genanntes „Arbeitslosengeld II“ einzuführen, welches ein Einkommen garantieren soll, das 10 Prozent über dem Sozialhilfessatz liegt. Dabei wird übersehen, dass die Sozialhilfe lediglich eine „Hilfe zum Lebensunterhalt“ darstellt und nur das allerotwendigste Existenzminimum in einer als vorübergehend gedachten Notlage sichern soll. Darauf weist die Arbeitsloseninitiative „Werkschlag“ hin. Zudem blieben die Anpassungen des Leistungsniveaus der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ seit Jahren hinter der Preisentwicklung zurück.

Bereits zum 1. Januar 2003 traten das erste und das zweite „Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ in Kraft. Diese sehen u.a. eine Ausweitung von Zeit- und Leiharbeit, die Schaffung haushaltsnaher Minijobs, die Befristung von Arbeitsverträgen für ältere ArbeitnehmerInnen, verschärfte Sanktionen gegen Erwerbslose und ähnliche Grausamkeiten vor.

Gegen derartig unsoziale Maßnahmen kämpft die Arbeitsloseninitiative Werkschlag. Sie trifft sich am 10. April und am 22. Mai um 10.00 Uhr im Industrie- und Sozialparlament, Wittener Str. 242. Außerdem ruft die Initiative zu einer Großdemonstration am 3. April um 10 Uhr vor dem Bochumer Arbeitsamt auf.

ABS: Studiengebühren innovationsfeindlich

Das „Aktionsbündnis gegen Studiengebühren“ (ABS) wendet sich weiterhin strikt gegen jede Form von Studiengebühren, unabhängig von deren Form. Wie Klemens Himpele, Geschäftsführer des ABS, bei einer Rede beim sogenannten „Zukunftskongress“ der Bayrischen RektorInnenkonferenz am 27. März in München ausführt, könne es sozial verträgliche Studiengebühren nicht geben, da diese grundsätzlich die Bildungsbeteiligung an die Primärverteilung knüpfen. Chancengleichheit sei auch dann nicht gegeben, wenn die Gebühren via Kredit ins spätere Berufsleben verlagert würden. Auch wies er darauf hin, dass die Studierenden in einem KundInnen-VerkäuferInnen-Modell weniger Einflussmöglichkeiten hätten als mit der Verfassten Studierendenschaft. Die Studierenden könnten als KundInnen lediglich passiv zwischen Angeboten wählen, auf deren Zustandekommen sie keinerlei Einfluss hätten. Im übrigen sorgten Studiengebühren für Anpassungsdruck und verhinderten so kreatives Denken und Studieren. Den Kongress selbst bezeichnete Himpele als Propagandaveranstaltung, auf der das ABS lediglich den Pluralitätskasper spielen dürfe.

Das Recht auf Bafög

Schon seit vielen Jahren bedient der ASTA der Ruhr-Universität alle StudentInnen und Nicht-Studierenden mit einem kompetenten Beratungsangebot. Wenn jemand Fragen zu ihrem/seinem komplizierten und bürokratisch höchst anspruchsvollen Bafög-Antrag hat, so hilft euch die Bafög-Beratung weiter. Ihre Beratungszeiten sind montags 12.00 bis 14.00 Uhr und donnerstags von 9.00 bis 10.30 Uhr. Da aber das Bafög nicht die einzige rechtliche Hürde ist, die uns die freiheitlich-demokratische BürgerInnenrechtsordnung in den Weg stellt, steht die Rechtsberatung für alle Rechtslinkereien zur Verfügung. Die Beratungszeiten sind dienstags von 13.00 bis 15.00 Uhr und donnerstags von 15.00 bis 17.00 Uhr. Die Beratungen finden jeweils im Raum 016 im ASTA statt.

Kinderverklopper

Sich politisch zu engagieren, ist oft gefährlicher als man denkt. Man demonstriert gegen den Krieg und wird dafür zusammengeschlagen, von Wasserwerfern traktiert oder festgenommen. So geschehen bei der großen SchülerInnen-Demonstration gegen den Irak-Krieg am 24. März vor dem US-Konsulat in Hamburg, wo die Polizei Hamburger SchülerInnen und Schüler jagte und einkesselte. Diese ließen sich aber nicht unterkriegen und stellten sich den Wasserwerfern entgegen. Genauer betrachtet ist das Vorgehen der Polizei eigentlich keine Überraschung – schon gar nicht in Hamburg, wo der Schwarz-Schill-Senat auch in anderen Bereichen wie der Bambule-Bewegung am liebsten jeglichen öffentlichen Protest mundtot machen und die Menschen einschüchtern will.

Vikingship versenken!

Demonstration gegen Neonazi-Laden und -Kneipe

Man braucht nur durch die Bochumer Innenstadt zu streifen, um auf jugendliche Neonazis zu treffen, zumeist ausgestattet mit rechter Szenekleidung und entsprechenden Accessoires. Von eher dezenten Bekenntnissen in Form kleiner Buttons oder Anstecker mit Motiven wie „88“ (steht für den achten Buchstaben im Alphabet, 88 für „Heil Hitler“), eisernen Kreuzen oder Reichskriegsflaggen, über T-Shirts mit Schriftzügen wie „Masterrace Europe“ bis hin zu Pullovern, die für die englische Nazi-Terrorgruppe „Combat 18“ werben. Mussten die meisten Rechten für derartige Szenekleidung noch vor zehn Jahren vor allem auf Szeneeigene Versände zurückgreifen, so bietet sich ihnen heutzutage neben bequemem Online-Einkauf eine Auswahl von Neonazis betriebener Läden an, die alles anbieten, was das nationale Herz so begehrt. Angefangen bei Aufmachern und Kleidung über Rechts-Rock-CDs bis hin zu Messern u.ä..

Neben dem Verkauf rechter Accessoires dienen sie der lokalen Szene als Treffpunkt und stellen eine erste Anlaufstelle für rechte Jugendliche dar, welche Kontakt zur extrem rechten Szene suchen. Solche Geschäfte finden sich z.B. in Gevelsberg („Attacke 88“), Dortmund („Buy or Die“), Ennepetal („Ranger Streetwear“) oder auch Gelsenkirchen. Im dortigen Stadtteil Horst befindet sich seit fünf Jahren der Laden „Vikingship“, geführt vom Gelsenkirchener Neonazi Dennis Stach. Neben einem umfangreichen Rechtsrock-Angebot und Propagandamaterial werden hier vor allen Dingen Kleidungsartikel geführt. So erfreuen sich Bomberjacks, Caps und Pullover der hauseigenen Marke „Vikingship“ bei Neonazis, gerade in Gelsenkirchen, enormer Beliebtheit. Auch Pullover und Jacken mit der Aufschrift „Kampfhund“ (gefolgt vom jeweiligen Städtenamen) findet im ganzen Ruhrgebiet Absatz. Neben Pins mit Aufschriften wie „My blood is my honour, my race is my pride“ sind dort seit kurzem Pullover mit der Stickerei „Ruhrpott Classic“ erhältlich, die

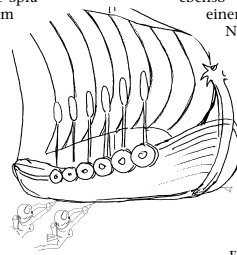
Bezug nehmen auf eine gleichnamige Nazikneipe.

„Ruhrpott Classic“

Seit dem Herbst/Winter 2002 ist diese am Nordsternpark in Gelsenkirchen-Horst ansässig – besucht vornehmlich von Personen aus der Gelsenkirchener Nazi- und rechten Rockerszene. Abgesehen von den deutlich als Nazis erkennbaren Gästen spricht auch die Aufmachung der Kneipe eine deutliche Sprache, so ist unter anderem eine Hitlerbüste mit aufgeklebtem Bärtchen hinter der Theke zu sehen.

Von Bochum bis Holland

Hier und im „Vikingship“ sind denn neben Gelsenkirchener Gabbers, Naziskins und Rockern auch des öfteren Neonazis aus anderen Städten, so auch aus Bochum, anzutreffen; auch Nazis aus den Niederlanden ist der Laden ein Begriff. Nicht nur, dass sich in dem Nazishop Rechte aus der ganzen Region treffen, beunruhigend ist auch, dass viele jüngere Jugendliche, von den Videospielen im Schaufenster angezogen, mittlerweile zum Publikum dieses Laden zählen. Im Gegensatz zu einem anderen, vergleichbaren Laden des Betreibers in Essen, welcher nach erfolgreichen Protesten geschlossen wurde, regt sich gegen den „Vikingship“ trotz des offensichtlichen rechtsextremen Hintergrunds bis heute kaum nennenswerter Widerstand. Ähnlich ist es um die zunehmenden Aktivitäten der Neonazis in Gelsenkirchen



Schiffe versenken

Ein zunehmend massives Polizeiaufgebot bei antifaschistischem Protest gegen durchgesetzte Nazi-Demonstrationen und Konzerte, auch im Ruhrgebiet, gewährleisten den für die Rechten so wichtigen „Erlebnispark“, welcher die Attraktivität der Szene sicher stellt und gerade Jugendliche an diese bindet. Nazishops wie „Vikingship“ kommt in diesem Rahmen die wichtige Funktion zu, die nationalen Konsumbedürfnisse zu befriedigen, Kneipen wie das „Ruhrpott Classic“ garantieren soziale Treffpunkte. Mit einer Demonstration am nächsten Samstag um 12 Uhr in Gelsenkirchen wollen AntifaschistInnen jetzt gegen diese Einrichtungen vorgehen, ein deutliches Zeichen setzen gegen die rechte Hegemonie.

Carsten Draeger

Fortsetzung von Seite 1

Friedenspeter ist unfriedlich

weiteren Bekanntenkreis einen Menschen, der in Bagdad oder Umgebung arbeitet, sei es in Ingenieurbüros oder klassisch „auf'm Bau“. Bei solch guten Wirtschafts-Kontakten legt die Bundesregierung (und auch die französische) keinen großen Wert auf Zerstörungen, die den Profitinteressen des deutschen Mittelstand unmittelbar zuwiderlaufen (ganz totzuschweigen von den Arbeitsplätzen). Eine Abwägung ergibt demgegenüber, dass Kriegsschäden durch sogenannte Hermes-Ausfallbürgschaften der Bundesregierung gedeckt sind. Auslandsgeschäfte deutscher Unternehmen sind sozusagen amtlich gegen den Krieg versichert.

AWACS für den Frieden?

Für die Bundesregierung ist der Krieg dennoch ein Dilemma. Einerseits liefert die deutsche Wirtschaft 40% ihres Exportes Richtung USA und profitiert von dem dortigen Kriegs-Boom, was für eine aktive Kriegsbeteiligung spräche. (Abgesehen davon würde eine direkte, massive Beteiligung auch einige Appetithäppchen von der zu erlegenden Beute sichern.) Andererseits wollen die Hermes-Bürgschaften beglichen werden, die Firmenzusammenbrüche, zu denen es unweigerlich trotz Absicherung kommen muss, klein gehalten werden, und nicht zuletzt ist so ein Krieg schweine-teuer. Donald Rumsfeld hat erst letzte Woche Senat und Repräsentantenhaus, kurzfristig 80 Mrd. Dollar für die „Intervention“ zu genehmigen. D.h. 80 Milliarden pro Woche, und es wird wohl noch teurer.

Die „Konsequenz“ der deutschen Regierung lautet „ein bisschen Krieg und ansonsten viel Frieden“. Stimmt

natürlich nicht: Wer in einer AWACS-Maschine sitzt, um vorgeblich die türkische Grenze zu sichern, liefert zumindest kriegsnotwendige Aufklärungsdaten an die türkische Regierung, welche offensichtlich einen Deal mit der amerikanischen Regierung und einigen kurdischen Parteien eingegangen ist. Sollte Struck genauso naiv sein, wie sein Vorgänger Scharping, der sogar an die Lügen glaubte, die er selbst verbreitet hat („Hufeisenplan“, „serbische Konzentrationslager“, etc.)?

Auswege für den deutschen Imperialismus

Inzwischen pfeifen es die Spatzen von den Dächern. Europa braucht eine eigene Armee. Langsam wird der Krieg zur Normalität und die unterbrochene Debatte wird in Brüssel wieder aufgenommen. Wie gesagt, 60000 hochausgerüstete Killer sollen herangezogen werden, die den berüchtigten „navy-seals“ in nichts nachstehen sollen. Der deutsche Anteil soll sich dabei auf 12.000 SoldatInnen, 20 Kriegsschiffe und 130 Flugzeugen belaufen.

Ferner plant das deutsche Verteidigungsministerium, für das neue Transportflugzeug A400M, den Kampfhubschrauber Tiger und das Raketen-system Taurus innerhalb von 15 Jahren 115 Mrd. Euro locker zu machen. Struck beiläufig sich nun mächtig, ein Okay des Bundestages einzuholen. Er forderte am Wochenende ein Ermächtigungsgesetz („Entsendegesetz“), das „unbefristete Bundestagsmandate [für Bundeswehrein-sätze, JS]“ ermögliche. Hierfür bedürfte es jedoch einer „einmaligen Bundestagsentscheidung“ [Financial Times Deutschland, 30.3.03].

Bereits am 27.3. einigten sich die Fraktionen von SPD und Grünen (Sie wissen schon: Die Pazifisten von Anno damals) auf eine Erhöhung des Wehr-Etats, und Struck rechnet fortan ganz bescheiden „weiterhin bis 2006 mit den jährlich 24,4 Mrd. Euro,

die ihm nach dem Sparkurs [der Bundesregierung] zustehen“. [FTD, 28.3.03] Wie schön brachte doch Jürgen Elsässer diese Strategie in einem Buchtitel auf den Punkt: „Nie wieder Krieg ohne uns“.

Deutsche Interessen

Wahrlich, der Krieg wird von weiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt – aus mannigfaltigsten Gründen. Viele Menschen sind über diesen offensichtlichen Raubkrieg ehrlich empört und lehnen ihn direkt als die schlimmste, vorstellbare Grausamkeit ab. Bei vielen Amts- und Würdenträgern erkennt man jedoch deren taktische Haltung im Umgang mit Krieg und Frieden.

Am einfachsten sind natürlich mal wieder die Nazis zu durchschauen (siehe auch Kolumne, Seite 4), die sich letzte Woche als klägliches Häuflein von 170 Arischen um ihren Führer ringelten und mit selten dämlichen Sprüchen wie „Kein Blut für Isra'Ol“ aufwarteten. Ebenso versuchten sie sich mit ähnlichen Parolen auf die Essener Friedensdemo zu schleichen, wo sie selbstverständlich isoliert und abgeschoben wurden.

Dampf poltert es auch aus „führenden“ WirtschaftvertreterInnen, die einen nachhaltigen Schaden für die Konjunktur befürchten.

Solche Friedensfreunde können der Antikriegsbewegung gestohlen bleiben. Die Heuchelei, es gäbe andere Gründe, den Krieg abzulehnen, als ehrliches Mitgefühl und die Feststellung, dass es dieses Wirtschaftssystem ist, welches den Krieg notwendig aus sich heraus hervorbringt, – diese Heuchelei ist schlicht und ergreifend widerwärtig. Besser wäre dies: Man verstehe nicht nur die Interessen der amerikanischen Eliten, sondern auch der deutschen. In Potsdam zogen am Samstag ca. 250 Menschen die Konsequenz und versuchten das Hauptquartier des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr zu blockieren. Nur wenige Leute, mag man sagen. Aber ein Anfang!

Jorch Schonewerk
ASTA-Referat für Frieden und Antimilitarismus

Märzgefallenen-Denkmal in Werne geschändet Erneut Nazi-Schmierereien

Alljährlich findet am letzten Märzwochenende eine Gedenkveranstaltung auf dem Kommunalfriedhof in Bochum-Werne zu Ehren der gefallenen KämpferInnen der Roten Ruhr-Armee statt. Begleitet wird diese Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegungen und einer kurzen Rede. Mit Entsetzen mussten alle TeilnehmerInnen am letzten Wochenende feststellen, dass der Gedenkstein und die kleineren Steine mit **Geschmiere wie „SS“, „SA“ und „Scheiß drauf“** sowie einem Smiley offensichtlich von Neonazis geschändet wurde. Rainer Einkel, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender von Opel Bochum, drückte in seiner Rede seine „Wut und Ohnmacht“ aus, die er empfand, als er diese Schmierereien sah.

Am Morgen des 13. März 1920 putschten in Berlin Truppen des Freikorps der „Brigade Erhardt“. Die damalige Reichs-

regierung musste fliehen. Im Ruhrgebiet formierten sich spontan Arbeiterwehren, um die PutschistInnen zu bekämpfen. Die Rote Ruhr-Armee wurde gebildet. Nachdem die Reichsregierung zum Generalstreik aufgerufen hatte, mussten die PutschistInnen nach vier Tagen abdanken. Doch im Ruhrgebiet ging der Aufstand weiter. Nach rund drei Wochen wurde er durch Freikorps-Truppen und Reichswehreinheiten in einem Blutbad erstickt.

Seit 1920 gedenken Menschen aus Werne und Langendreer sowie aus Bochum der „Märzgefallenen“, an acht Menschen aus Langendreer und Werne, die 1920 zur Roten Ruhr-Armee gehörten und von reaktionären Kräften getötet wurden. Der Gedenkstein, der damals für die Gefallenen errichtet wurde, ist heute noch im Originalzustand erhalten. In der Nazizeit wurde der Gedenkstein im Keller der Friedhofskapelle versteckt, um ihn vor der Zerstörung durch die Nationalsozialisten zu bewahren. Er wurde 1947 wieder aufgestellt und mit zwei zusätzlichen kleineren Steinen rechts und links versehen. Dort wurden die Namen von zwei Opfern des Kapp-Putsches, von zwei

gefallenen AntifaschistInnen, die auf Seiten der Internationalen Brigaden während des Spanischen Bürgerkrieges zwischen 1936 und 1939 gekämpft haben, sowie von vier WiderstandskämpferInnen gegen den Hitlerfaschismus (alle aus Bochum-Werne) eingemeißelt.



Schon im letzten Jahr wurde die Gedenktafel an dem Platz in der Bochumer Innenstadt, an dem früher die alte Synagoge stand, von Neonazis mit antisemitischen Parolen beschmiert. Am nächsten Tag fand ebenfalls eine Gedenkveranstaltung statt, bei der an die Opfer der Pogromnacht vom 9. November 1938 erinnert wurde. Es darf also angenommen werden, dass Personen innerhalb der Bochumer Neonazi-Szene bewusst antifaschistische Gedenkveranstaltungen zum Anlass nehmen, um solche Schändungen zu begehen. Dies sind mittlerweile schon sehr besorgniserregende Zustände, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass in den letzten drei Monaten drei Neonazi-Aufmärsche stattgefunden haben.

Volker Gerwers

Rede auf Friedensdemo sorgt für Diskussionen Jenseits der Schmerzgrenze

Die Rede, die eine attac-Vertreterin am ersten Kriegstag auf den Kundgebungen vor Guernica und später am Hauptbahnhof hielt, sorgte innerhalb Bochums für einige Aufregung. In ihrer Rede forderte Bianca Schmolze unter anderem eine „patriotische“ (von ihr als friedenspolitisch verstandene) Position der Bundesregierung ein.

Als am Donnerstag, den 20. März klar wurde, dass der Krieg begonnen hatte, wurden schnell die für den Tag X geplanten Kundgebungen vorbereitet. Der AstA der Ruhr-Uni organisierte um 16 Uhr eine Kundgebung vor Guernica, dem Picasso-Bild an der UB, zu der etwa 150 Menschen kamen. Dort hielt die attac-Vertreterin zum ersten Mal ihre umstrittene Rede, die später auf der zentralen Kundgebung am Hauptbahnhof noch einmal vor etwa 3.000 Leuten wiederholt werden sollte.

Der Redebeitrag der attac-Gruppe sorgte für viele entsetzte Gesichter. Eine vereinfachte Darstellung der Ursachen des Krieges mag man unter Umständen noch hinnehmen, eine rechtspopulistisch geprägte Rhetorik jedoch nicht. In bester anti-amerikanischer Tradition war das Feindbild Amerika klar ausgemacht, eine Mitschuld deutscher Unternehmen, die am Aufbau der Gift-

gasfabriken federführend beteiligt waren, wurde nicht erkannt. An der aktuellen Politik der Bundesregierung wurde kritisiert, dass sich die BRD durch den Einsatz von Fuchs-Panzern im Irak, durch AWACS-Flugzeuge in der Türkei und die Gewährung von Überflugrechten für die US-Streitkräfte „zum Komplizen macht“. Kurz darauf klagte die attac-Vertreterin eine „patriotische“ Politik der Bundesregierung ein, die ihrer Meinung nach in einer konsequenten Verweigerung von Hilfestellungen für die USA bestünde. Sie sagte wörtlich: „Bei einer patriotischen, bei einer demokratischen, bei einer friedenspolitischen Regierung würden 90% der Deutschen hinter ihnen stehen.“

Merkel als Landesverräterin bezeichnet

Die Forderung nach einer konsequenten Nichtbeteiligung der BRD an sich ist nicht problematisch, sie wird es erst, wenn attac das erwünschte Verhalten im positiven Sinne als „patriotische“ Politik bezeichnet. Weiter wurde Angela Merkel, die sich als eine der wenigen PolitikerInnen für den Krieg aussprach, aus der

selben Logik heraus als „Landesverräterin“ bezeichnet – viele fühlten sich dadurch an die rechtsextreme Formel des „Vaterlandsverrats“ erinnert. Daneben wurden die USA, Spanien, Türkei und Israel in unpassender Rhetorik beispielsweise als Folterstaaten bezeichnet.

Wie sich wenige Tage später auf einer Sitzung des Friedensplenums herausstellte, hatte die attac-Vertreterin die Rede von Jürgen Bargmann geschrieben bekommen. Bargmann hatte bereits in der Vergangenheit versucht, Bündnisse bis weit ins rechte Lager zu schließen. So war er es, der vor etwa zwei Jahren Jamal Karsli zu einer Veranstaltung nach Riemke einladen wollte. Die Bochumer attac-Gruppe täte gut daran, sich klar von rechtspopulistischen Positionen abzugrenzen.

Thilo Machotta



Mittwoch, 2. April

Veranstaltungsreihe zu Empire

Potenziale des Kommunismus? Immaterielle Arbeit – Affektive Arbeit – Massenintellektualität, mit: Thomas Altert (Redakteur „subtropen“, Empire-Übersetzer) und Dirk Hauer (Gruppe „Blauer Montag“/Hamburg)

19.30 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Alle 100, Essen

Donnerstag, 3. April

Christian Dornbusch: „Kein Raum der Nazimusik“

Informationsveranstaltung gegen RechtsRock 19.00 Uhr, Kulturzentrum Bhf. Langendreer, Halle

Von der Täter- zur Opfergesellschaft. Zum Umbau der deutschen Erinnerungskultur

Eine Fülle von Fernsehfeatures und Buchpublikationen zur Vertreibung oder zum Bombenkrieg zeigt, dass die Aufforderung, endlich vom deutschen Leiden zu sprechen, auf ein breites Bedürfnis trifft. Was bedeutet das für die Erinnerungskultur der Bundesrepublik?

Referent: Harald Welzer
19.30 Uhr, Alte Synagoge, Essen

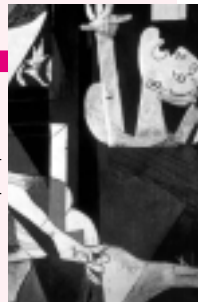
Freitag, 4. April

Bochumer Frauenwochen:

Tag der offenen Tür in der Frauenberatungsstelle „Frauen in Not“ 10.00–13.00 Uhr, Hans-Böckler-Str. 28

Lesung gegen den Krieg

Die Literaturinitiative Treibgut liest vor Guernica Kafkas „In der Strafkolonie“ Fünf vor Zwölf, Unibibliothek RUB



„Offizielle Kriegsablehnung und alternativer Imperialismus“

Warum sowohl die deutsche Friedensbewegung als auch der Angriff auf den Irak zu kritisieren sind erklärt der Ex-Grüne Thomas Ebermann (u.a. Autor für die konkret) 19.30 Uhr, Kulturzentrum Bhf. Langendreer, Raum 6

Samstag, 5. April

Demo: Vikingship versenken, Ruhrpott Classic dichtmachen!

Siehe Artikel auf Seite 2. Mehr unter <http://www.no-nazis.de> 12 Uhr, Gelsenkirchen-Horst, Fischerstraße

Sonntag, 6. April

Bochumer Frauenwochen:

„Lesbisches Leben/Lesbische Politik in Europa: Slowenien und Österreich“. Eine Veranstaltung nur für Frauen; Eintritt 5,-EUR. 15.00–20.00 Uhr, (Ortsangabe folgt)

Montag, 7. April

Treffen der Initiative „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ Karawanengruppe Bochum

18.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 4

Ruhrgebiets AG Soziale Grundrechte – Stoppt die Hartz-Pläne

18.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

Offenes Antifa-Treffen

18.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

Dienstag, 8. April

Von Krieg zu Krieg – die USA und der Terror

Gottesgnadentum, US-Weltherrschaft und die neue Weltkriegsordnung, mit Wolfgang Dominik 19.30 Uhr, Kulturzentrum Bhf. Langendreer, Raum 6



Die Religion des Geldes Spekulationsblase

Geld bringt viele Menschen um den Verstand. Nicht nur in dem Sinne, dass sie für Geld alles tun, sondern dass das Nachdenken über Geld Verwirrung bewirkt. Die Wissenschaft kommt mit ihm nicht klar, weil es „durch die Raster [der] sich verfestigenden wissenschaftlichen Arbeitsteilung hindurchfällt“ (35). Bei Hans-Georg Backhaus (Dialektik der Wertform, ca. 1997) kann man in extenso nachlesen, dass die Wirtschaftswissenschaft nicht weiß, was Geld ist. Das hält auch Deutschmann ihr vor, und wie Backhaus sieht er im Geld eine „philosophische, nicht nur eine wirtschaftliche Kategorie“ (25).

Was man über Geld & die Welt sagen kann, über die Auswirkungen des Geldes auf die Lebenswelt, auf Denken, Verhalten und Selbstwahrnehmung der Menschen, das hat Georg Simmel in seiner Philosophie des Geldes (GA 6) zu Beginn des 20. Jahrhunderts gesagt. Nun kann man diese Beobachtungen nur noch nach dem jeweiligen Stand der Vergesellschaftung aktualisieren und die Neubildungen sozialwissenschaftlicher Theorie auf ihr Verständnis fürs Geld hin abklopfen. Deutschmann erledigt dies bei Parsons, Habermas und Luhmann (Kap. 3 – 5). Von Simmel hält er wesentlich mehr und von ihm übernimmt er einen Gedanken, den er „absoluten Reichtum“ nennt. Darunter versteht er nicht eine überaus große Menge, sondern eine allgemeine Qualität des Geldes: „Vermögenseigenschaft“, „verallgemeinerte[s] soziale[s] Machtpotential“ (10) zu sein, Zugriff auf alles zu ermöglichen, eine „a priori unbestimmte Fähigkeit“ (21) zu verleihen.

Kapitalismus als Religion

„Die Verheißung des absoluten Reichtums“ ist ein genitivus subjectivus: Der absolute Reichtum verheißt etwas. Nämlich? Der „Möglichkeitsraum“ des Geldes sei „unermeßlich“ (135). Dies nennt Deutschmann dessen „imaginäre Dimension“ (Castoriadis): „es weckt bei seinem Besitzer Träume und Phantasien“ und gebe Option auf allen und auch noch unbekannten Reichtum

(53). Durch die „im Geldvermögen angelegte [...] Verheißung privater Verfügung über die Totalität menschlicher Möglichkeiten“ (104) trete „der Mensch jetzt selbst an die Stelle Gottes“ und überbiete dessen Allmacht (117). Unter anderem hierin bestehe „die religiöse Natur des Kapitalismus“. Deutschmann greift an dieser Stelle auf Überlegungen aus einem Fragment Walter Benjamins (Kapitalismus und Religion (GS VI, 100 – 103)) zurück, in dem jener einige Analogisierungen auflistet. Deutschmann sieht die Gefahr einer bloßen Analogie, die suggeriert, aber nichts beweist, spricht deswegen auch von „Deckungsgleichheit“ (104), „Verwandtschaft“ (7). Diese kann man in strukturelle Ähnlichkeiten einerseits und Substituierungen andererseits aufteilen. Zum einen sei an Stelle des religiösen Götzendienstes der ökonomische getreten (65); war früher der Gottesglaube der „Endpunkt, in dem alles soziale Handeln zurückläuft“, so sei es heute der Gelderwerb (23). Zum anderen leisteten beide eine „sinnhafte[...] Bewältigung des Unbestimmbaren“ (7), haben sie unermessliche Potenz (84), sei Gott wie Wert „unsichtbar und unerforschlich“ (98), regierten sie die Welt in allen Dimensionen (108), haben sie imperativen Charakter (109), benötigten sie Kommunikatoren (Priester/ Marktideologen), die das Absolute vermitteln (154f.), sähen und bestraften sie alles (166). Wie Geld & Gott sich zueinander verhalten und was die Theologie dazu sagt, wäre durch die Überlegungen Falk Wagners (Geld oder Gott. Zur Geldbestimmtheit der kulturellen und religiösen Lebenswelt (Klett-Cotta, 1985)) zu ergänzen.

Profanes Kapital

Geld, das „auf den ersten Blick profan und trivial“ (7) aussehe, so weiß man nun, hat es ganz schön in sich. Aber was die Absicht von Deutschmanns Studien ist, die dieser als „ein unkonventionelles Unternehmen“ (15) preist, das bleibt unklar. Will er die Religion entherlichen, indem er ihre Nähe zu Geld und Kapital nachweist? Oder will er andersherum die Vorstellung entzaubern, der Kapitalismus sei höchste Rationalität in Aktion, indem er dessen Nähe zu Religion und Metaphysik herausstellt? Eitel auf jeden Fall der Satz, „es kostet offenkundig Überwindung, das Kapitalverhältnis umstandslos als ‚Religion‘ zu qualifizieren“ (105). Da hat wieder einer ein Tabu gebrochen.

Die Verwirrung durchs Geld ergreift auch seine Kritiker. Ob Deutschmann einer von ihnen ist, erfährt man nicht. Aber man weiß, dass er Professor für Soziologie in Tübingen ist. Das muss nichts heißen, ebenso wie dass er es sicher nicht schön findet, „was Geld aus den Menschen und der Gesellschaft macht“ (9), wie es „nicht nur die ganze Welt [umfaßt], sondern sie auch bis in ihre letzten Winkel [durchdringt]“ (132). Aber bei ihm durchdringen sich wie bei dem von ihm geschätzten Literaturwissenschaftler Jochen Hörisch (bspw. Kopf oder Zahl. Die Poesie des Geldes, Suhrkamp 1996) Betonung der Ambivalenz, Warnung und Apologie zu einer Identifikation mit dem Aggressor (siehe nur bei dem US-Evangelikalen Jacob Needleman (Geld und der Sinn des Lebens (Suhrkamp, 1994)), wenn nicht die Sätze unnachvollziehbar sind.

Dunkel bleiben auch die Perspektiven. Ihm ist klar, dass der Kapitalismus sich selber in die Krise führt (Kap. 10). Durch den Neoliberalismus sieht er auch die Verheißung gefährdet (173ff.). Dies ist ihm recht, um wieder nüchterner zu werden, um zu einem „reiferen Verständnis von Autonomie“ zu gelangen und um „eine Rückführung der Ökonomie auf Bedürfnisbefriedigung“ zu erreichen (176), was beides wahrscheinlich Unterordnung bedeutet. Dazu gebe es auch schon ein „Modell“, dasselbe, dessen Grundlagen er vorher verworfen hatte: „die neoklassische Theorie des statischen Marktgleichgewichts und das auf ihm aufgebaute Parsonianische Modell des sozialen Systems“ (176). So ausgeglichen und kontrolliert sieht er nun die Möglichkeit für eine Arbeitszeitrechnung (181), was einen Wertquantensubstantzialismus voraussetzt, den er vorher an Marx zu unrecht kritisiert hatte. Über diese Proudhonische Utopie, über die Marx seinerzeit das Nötige gesagt hatte, holt er sich den Kapitalismus mit allen Konsequenzen wieder herein.

fake

Christoph Deutschmann (2001) Die Verheißung des absoluten Reichtums. Zur religiösen Natur des Kapitalismus, Frankfurt/Main: Campus. 21,50 Euro.

:bszkolumne

Friedensengel

In Kriegszeiten ziehen die seltsamsten Gestalten durch die Lande. Wenn die soldatischen Horden über den Irak herfallen, wollen deren Bochumer Miniatur-Versionen natürlich nicht zurückstecken: Die Bochumer Maiabendgesellschaft bläst dem unschuldigen Frühling in militaristischer Tradition den Marsch, paukt und trompetet sich quer durch die Innenstadt und bietet fescle Jungens in blitzblanken Uniformen feil, zu welchen holde Maiden in geziemlichem Abstand hinterherschmachten. Und zwar im Gleichschritt, jawoll ja, das hat Schneid!

Anders die Profis im Polit-Business. Sie kontern geradezu revolutionär ihnen entgegengebrachte antimilitaristische Kritik. Wie z.B. der bayerische Innenminister Beckstein, der ja bekanntlich gerne etwas härter zulangt. Der entdeckte kürzlich in der Gewissheit, dass genau dieser Krieg unendlich ungerecht ist, auf einmal den „Wert“ des Menschen und des „Völker“-Rechtes.

Und zuguterletzt haben auch die Nazis ihr Herz an den Frieden verloren, grölen gar Friedenslieder in die laue Frühlingsluft. Da können sie noch einiges von der Friedensbewegung lernen, immerhin betreten sie unbekannten Raum.

Wie wär's damit? „Wir wollen wie das Wasser sein. Das weiche Wasser bricht den Stein.“ Offensichtlich halten die Nazi-Schergen die sie umgebende Restmenscheit für saubler oder sie glauben, eine Masche entdeckt zu haben, mit der sie die eigentliche Botschaft von Mord und Totschlag kaschieren können, indem sie genau das Gegenteil ihrer Art von Menschensicht formulieren.

Sieht man etwas genauer hin, so entpuppen sich ihre aktuellen Parolen tatsächlich als die altbekannte braune Soße, die ihnen bei ihrem Hass auf alles „Undeutsche“, „Jüdische“ und „Amerikanische“ aus dem Maul sabbert; sie schaffen es sogar, das alles schön übersichtlich in so was ähnliches wie einen Halbsatz zu stopfen: „Kein deutsches Blut für amerikanisches Öl – gegen den jüdischen US-Imperialismus.“

Untersuchen wir dieses Wortungetüm und nennen es mal – ächz – politische Aussage. Dann können wir daraus mit Hilfe formal-logischer Methoden unter Kenntnisnahme der szenetypischen Hermeneutik die implizite doppelte Verneinung umformen und erhalten – voilà – die folgende, wesentlich einfachere zu verstehende Wortreihe:

– „Deutsches Blut für deutsches Öl – für den deutschen Imperialismus“ – War doch ganz einfach, nicht wahr?



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Mona Beumers, Gerd Krauss, Jan Reinecke, Kristin Schwier

Redaktion dieser Ausgabe: Hans Martin Krämer (hmk), Martin Krämer (mk1), Marc Nevries, Tanja Tästensen (tas), Claus Witte (wc), Verena Witte (vw)

V.I.S.d.P.: Claus Witte (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen

Anschrift: bsz, c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz